



2. Heft | 29. Januar 1914

WILHELM KOLB · DIE MILITÄRFRAGE UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

ANGSAM und immer nur nach Überwindung mehr oder weniger heftiger innerer Konflikte hat sich die Sozialdemokratie von dem Prinzip der Negation in der Politik losgerungen, um zur positiven Reformpolitik überzugehen. Nur in einem Punkt hielt sie bis vor wenigen Monaten an dem starren Negationsprinzip fest: in ihrer Stellung zur Militärfrage. Der Grundsatz »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!« war zum politischen Dogma geworden, an dem zu rütteln früher niemand gewagt hätte. Und nun ist auch dieser Grundsatz durchbrochen, die Sozialdemokratie hat zum erstenmal Geld, und zwar nicht wenig Geld, für das Heer bewilligt. Darüber ist es auf dem Jenaer Parteitag zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Die große Mehrheit des Parteitags billigte die Haltung der Fraktion. Allein die Resolution, die dort angenommen wurde, leidet an einem innern Widerspruch, wie alle die Resolutionen, durch die man einen Kompromiß zwischen der Taktik der Negation und der Taktik der positiven Reformpolitik herbeizuführen versuchte. Solche Kompromißresolutionen haben nur immer neue Konflikte zur Folge. In dem fortgesetzten Kampf zwischen jenen beiden Prinzipien spiegelt sich die Entwicklung der Sozialdemokratie von der politischen Sekte zur politischen Partei. Je größer die Sozialdemokratie wird, um so vielgestaltiger werden ihre politischen Aufgaben, und um so häufiger werden infolgedessen die inneren Konflikte. Kamen früher solche Konflikte nur sporadisch vor, so stehen sie seit etwa anderthalb Jahrzehnten ständig auf der Tagesordnung. Und den Stoff für derartige taktische und prinzipielle Auseinandersetzungen liefern nicht nur die Fraktionen der Einzellandtage, auch die Reichstagsfraktion beteiligt sich in immer steigendem Maß daran. Sämtliche Resolutionen, durch die man die taktische und prinzipielle Einheit der Partei aufrecht erhalten zu können glaubte, sind nun bereits durchbrochen und in ihren Grundprinzipien angegriffen worden.

Die letzten Reichstagswahlen haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht, ihr damit aber auch ein ungewöhnliches Maß politischer Verantwortung auferlegt. In solchen Situationen lernen auch die intransigentesten Genossen sehr rasch politisch denken, wie dies das Beispiel des Abgeordneten Wurm zeigt, der sozusagen im Handumdrehen, wenn auch nur auf einem bestimmten, eng umgrenzten Gebiet, vom intransigenten Sau-

lus zum reformistischen Paulus geworden ist. Wie dem Abgeordneten Wurm so ist es auch der Mehrheit des Parteitags ergangen. Sie konnte sich der zwingenden Logik der Gründe nicht entziehen, die dafür sprachen, daß die Fraktion den Wehrbeitrag und einige anderen Steuern für die Heeresverstärkung bewilligte, sich aber ebensowenig wie der Abgeordnete Wurm dazu entschließen die sogenannte Budgetresolution unter den selben Gesichtspunkten zu betrachten, sie also aus den gleichen Gründen aufzuheben. Ganz im Gegenteil. Genosse Wurm und der Parteitag machten in ihrer Logik plötzlich halt oder bogen sie wieder nach der entgegengesetzten Richtung um. Man wollte das Prinzip der Negation wenigstens dem Schein nach wahren, und so wurde eine Resolution angenommen, deren beide Teile in handgreiflichem logischen Gegensatz zu einander stehen. Auf diese Weise hat man der *prinzipiellen* Budgetablehnung noch einmal eine Galgenfrist gewährt, damit aber zugleich die Schraube wieder angezogen, die die Sozialdemokratie daran hindert das volle Gewicht ihrer politischen Macht in die parlamentarische Wagschale zu werfen. Indes, so schwer es der Partei auch fallen mag: sie muß schließlich doch dahin gelangen das falsche Prinzip der Negation wie im einzelnen so auch im ganzen aufzugeben und aus ihrer tatsächlich reformistischen Taktik auch für ihr gesamtes politisches Handeln die logischen Schlußfolgerungen ziehen. Wird es doch in erster Linie von der Taktik der Sozialdemokratie abhängen, ob wir in der deutschen Politik in absehbarer Zeit aus dem Zustand der Stagnation herauskommen; denn ohne die Sozialdemokratie ist weder im Reich noch in den Einzelstaaten eine aktionsfähige parlamentarische Mehrheit für eine Politik des gesunden Fortschritts denkbar.

Das größte Hindernis für eine politisch aktionsfähige Linke in der Reichspolitik bildete bisher die Stellung der Partei in der Militärfrage. Und zwar entstanden die Schwierigkeiten hier viel weniger durch die Forderung unseres Programms die Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres zu setzen als durch das Dogma der einfachen Negation gegenüber dem bestehenden militärischen System, das als unantastbar galt. Diese absolute Intransigenz ergibt sich aber ebensowenig aus den Grundsätzen des sozialdemokratischen Programms wie sich daraus ohne weiteres die prinzipielle Budgetablehnung herleiten läßt. Beide Folgerungen sind vielmehr nur sehr anfechtbare Interpretationen der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem heutigen Staat. Gewiß steht die Sozialdemokratie dem heutigen Staat, der auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigentums ruht, prinzipiell als Gegner gegenüber. Aber es ist völlig verfehlt daraus den Schluß zu ziehen, daß sie deshalb alle Einrichtungen ablehnen müsse, die zum Schutz dieses Staats geschaffen werden. Das verstößt vielmehr gegen unser evolutionistisches Prinzip und namentlich gegen das System des Marxismus. In der Tat sieht sich ja auch unsere Partei, je größer sie wird, um so mehr zu positiver politischer und parlamentarischer Mitarbeit *gezwungen*. Und genau so ist sie nun auch in ihrer Stellung zur Militärfrage einfach gezwungen von bloßer Verwerfung zu eigener Anteilnahme überzugehen. Sie sieht ein, daß Negation wie Abstinenz zu den gerade von ihr erstrebten Ergebnissen nicht führen. Indem sie »diesem System keinen Mann und keinen Groschen« bewilligen wollte, hat sie sich selber die Möglichkeit genommen an ihm auch nur das geringste zu ändern. Es ging ihr da ähnlich wie mit ihrer frühern

Absicht das preußische Dreiklassenparlament »verfaulen« zu lassen: sie trug durch ihr Beiseitestehen nur zu dessen Stärkung bei. Wie alle politischen Probleme, die zu einer Lösung gebracht werden sollen, müssen wir auch das Heeresproblem positiv in Angriff nehmen. Die Auffassung, als ob die Armee nur ein Instrument des kapitalistischen Klassenstaats sei, ist unzutreffend. Wie dieser Klassenstaat selbst so unterliegen auch seine politischen und sozialen Einrichtungen einer fortgesetzten Veränderung und Entwicklung. (Welchen Sinn hätten überhaupt die Forderungen in dem zweiten Teil des Erfurter Programms, die doch ausschließlich an den Gegenwartsstaat gerichtet sind, wenn sie dem Wesen dieses kapitalistischen Gegenwartsstaats widersprächen?) Ebenso wie auf dem Gebiet der politischen Volksrechte lassen sich auch auf dem Gebiet der Wehrverfassung schon innerhalb des heutigen Staates die Grundsätze der Demokratie allmählich verwirklichen. Und die Frage ist hier wie anderswo nur die, auf welchem Weg und mit welcher Taktik man am ehesten die notwendigen Reformen durchsetzt.

Daß unsere bisherige Taktik im Kampf gegen den Militarismus zu nichts geführt hat, wird nicht bestritten werden können. Weder haben wir dem Wett-rüsten Einhalt gebieten noch irgendeine Reform von Bedeutung auf militärischem Gebiet erzielen können. Dagegen wurde es durch unsere Haltung den bürgerlichen Parteien sehr leicht gemacht erst einmal unsere Reformforderungen zu ignorieren und dann die Lasten der Wehrverstärkung fast restlos durch indirekte Steuern zu decken. Jeder politische Kampf, in dem die Sozialdemokratie völlig isoliert ist, muß notwendigerweise erfolglos bleiben, solange wir nicht stark genug sind unsere Forderungen ohne Rücksicht auf andere Parteien durchzuführen. Nun gehört die Einführung der Volkswehr, ganz abgesehen davon, daß man sich unter diesem Begriff sehr Verschiedenes vorstellen kann, zu den Forderungen, die überhaupt nur durch schrittweise vorzunehmende Reformen zu verwirklichen sind. Es ist für die heutigen Militärstaaten schlechterdings unmöglich das stehende Heer ohne weiteres in eine Volkswehr umzuwandeln. Das könnte auch die Sozialdemokratie nicht, selbst wenn sie über die politische Macht verfügte. Dazu sind Vorbedingungen nötig, die weder von einer Partei noch selbst von einer Nation allein willkürlich geschaffen werden können. Freilich soll die Sozialdemokratie den Militarismus mit aller Energie bekämpfen, wenn man den Militarismus in dem von Bernstein neulich hier definierten Sinn nimmt¹⁾, ihn also nicht etwa mit dem System des stehenden Heeres überhaupt identifiziert. Ebenso wird unsere Partei sich stets dem Wett-rüsten der Nationen entgegenstemmen, ihre Interessen vielmehr mit einander zu vereinbaren streben. Allein das Versagen einer so großen Partei wie es die Sozialdemokratie heute ist in einer Frage, bei der es sich um die nationale Existenz des Volkes handelt, muß notwendig zu ihrer politischen Isolierung und damit ihrer politischen Lahmlegung führen. So waren auch die politischen Niederlagen, die für die Sozialdemokratie jedesmal eintraten, wenn die Militärfrage zur nationalen Parole gemacht wurde, nicht die Folge ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das System des Militarismus und das Wett-rüsten sondern die Folge ihrer absolut negativen Stellungnahme zur Frage der militärischen Verteidigung des Vaterlands.

¹⁾ Siehe Bernstein Die innere Politik des Reichs am Jahresbeginn, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 13.

Die Politik einer großen Partei, zumal wenn ihre Haltung für die politische Entwicklung eines Landes von entscheidender Bedeutung ist, muß mit den tatsächlich gegebenen Verhältnissen rechnen, sie darf nicht auf theoretische Abstraktionen, sie muß auf die politischen Realitäten eingestellt sein. Das war aber bei der Stellung der Sozialdemokratie zur Militärfrage nicht der Fall. Sie hat da bei ihrer Taktik von jeder Verantwortlichkeit für die Folgen ihres Verhaltens abgesehen. Diese Taktik wäre deshalb in dem Augenblick absolut unmöglich, wo die Partei einer Verantwortung nicht mehr ausweichen könnte. Oder will jemand im Ernst behaupten, die Sozialdemokratie könnte in der Militärfrage auf dem rein negativen Standpunkt der deutschen Partei auch in einem parlamentarisch regierten Staat beharren, in dem sie kraft ihrer parlamentarischen Stärke die politische Mitverantwortung trüge? Der Gefahr einer solchen politischen Bankrott-erklärung dürfte sich keine Partei aussetzen, die Wert darauf legte politisch ernst genommen zu werden. Diese Taktik entspricht auch keineswegs der ökonomisch-historischen Mission unserer Partei. Mit fortwährender, sich nur noch in den höchsten Superlativen bewegender Entrüstung gegen den Militarismus erreicht man praktisch gegen diesen rein gar nichts. Dieses ewige Nurprotestieren verfehlt den beabsichtigten Zweck durchaus. Wie protestmüde man nachgerade überall in Deutschland geworden ist, das hat gerade die Bewegung gegen die letzte, große Militärvorlage doch zur Genüge bewiesen. Fast alle diese Protestbewegungen, die mit so großem Pomp in Szene gesetzt wurden, verliefen im Sand; keine hat jemals ein praktisches Ergebnis zutage gefördert. Das ist auch psychologisch durchaus erklärlich. Dieses Nurprotestieren erzeugt politische Gleichgültigkeit und schadet insofern unter Umständen mehr als es nützen kann. Der deutsche Militarismus kümmert sich auch sehr wenig um die Proteste, die gegen ihn gerichtet werden. Er weiß zu gut, daß sie ihm nicht gefährlich sind. Gefährlich könnten sie ihm erst dann werden, wenn sie durch eine positive Reformpolitik gestützt wären, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt.

Darüber täusche man sich nicht: Die negative Haltung der Sozialdemokratie in der Militärfrage bleibt weiten Kreisen des Volkes unverständlich, sie schädigt die Partei namentlich auch in den Schichten, die sonst für sie gewonnen werden könnten. Das zeigt sich jedesmal, wenn diese Frage im Mittelpunkt des politischen Interesses steht. Es ist kein Zufall, daß die letzte Militärvorlage mit ihren geradezu enormen finanziellen Anforderungen auf so geringen Widerstand stieß, und es ist ebensowenig ein Zufall, daß diese Vorlage durchgedrückt wurde, ohne daß bei dieser Gelegenheit durchgreifende militärische Reformen erzielt werden konnten. Das hängt mit unseren absurden politischen Zuständen zusammen, die der Regierung ihre Stellung gegenüber dem Parlament so außerordentlich leicht machen. Wie die politischen Verhältnisse lagen, hätte die Sozialdemokratie der Regierung und der Reaktion keinen größern Gefallen erweisen können als wenn sie der Militärvorlage wegen die Auflösung des Reichstags provoziert hätte. Die Kosten dieser politischen Aktion hätte in der Hauptsache die Sozialdemokratie getragen. Das war offenbar auch die Auffassung, von der sich die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion bei ihrer Haltung zur Deckungsfrage leiten ließ. Daß die Fraktion sich zum erstenmal bereit fand Steuern für militärische Zwecke zu bewilligen, bedeutet einen politischen Fortschritt.

Nur dadurch ist es möglich geworden das Reich auf den Weg der direkten Steuern zu drängen und damit die Opposition gegen das Wettrüsten in jene Kreise hineinzutragen, die dessen Gefahren bisher gleichgültig gegenüberstanden. Der Wehrbeitrag wirkt erzieherisch auf das politische Denken der nicht sozialdemokratisch gesinnten Volkskreise, jedenfalls mehr als alle Protestresolutionen und alle Entrüstungsartikel der Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren zusammengenommen.

Die Zeit ist gekommen das militärische Problem überhaupt einmal praktisch aufzurollen und die bürgerlichen Parteien zu einer Diskussion der Frage zu zwingen. Mit Recht schrieb Genosse Cohen in einem Artikel des Vorwärts: wenn wir überall den Kapitalismus durch Reformen zu bekämpfen versuchten, so müßten wir unmittelbar durchführbare Mindestforderungen auch in der Frage stellen, die man Militarismus nennt. Als solche Forderungen stellte Cohen die folgenden auf: 1. Einführung der 2jährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie, 2. Einführung der 1jährigen Dienstzeit für sämtliche Fußtruppen, 3. Bildung des Offizierskorps aus den dazu geeigneten Mannschaften, 4. Beseitigung der militärischen Sondergerichtsbarkeit, 5. Deckung aller militärischen Ausgaben durch Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.²⁾ Diese Forderungen bewegen sich alle auf der Linie der Forderungen, die im Erfurter Programm niedergelegt sind. Das Prinzip der Volkswehr wird durch sie nicht preisgegeben, vielmehr werden durch sie erst die zur Durchführung dieses Prinzips erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Nicht nur vom Standpunkt einer auf positive Erfolge gerichteten Reformpolitik haben solche praktischen Forderungen eine große Bedeutung, sie fallen auch agitatorisch schwer ins Gewicht. Jeder in der Agitation erfahrene Genosse wird bestätigen können, daß wir mit der Propaganda für die Miliz sehr wenig Erfolge erzielt haben. Die Ursache ist auch ganz klar. Selbst wer das harte Urteil unseres Friedrich Engels über die Miliz überhaupt³⁾ nicht unterschreiben kann, selbst wer noch an dieser alten, ehrwürdigen Parteiforderung hängt, muß doch zugeben, daß sie praktisch vorerst keinerlei Bedeutung haben kann. Kann doch vorläufig noch niemand einmal sagen, welches Milizsystem wir eigentlich einführen wollen; denn es gibt deren sehr verschiedene.

Welches System der Volkswehr für die deutschen Verhältnisse das zweckmäßigste ist, wird sich erst dann zeigen, wenn wir die gegenwärtige Heeresverfassung einmal bis zu einem gewissen Grad demokratisch reformiert haben. So viel steht indessen fest, daß es in absehbarer Zeit nicht mit ein paar Wochen militärischer Ausbildung getan ist. Wir werden also zuvörderst und noch auf längere Zeit hinaus mit dem stehenden Heer zu rechnen haben. Ist dem aber so, dann kann es sich auch für die Sozialdemokratie in der politischen Beurteilung der Militärfrage nur darum handeln die Bahn zur Volkswehr durch demokratische Reformen innerhalb des gegenwärtigen Systems zu ebnen. Verlangen wir aber Reformen, dann dürfen wir auch die Forderungen, die sich aus deren Verwirklichung ergeben, nicht ablehnen. Wollen wir nach wie vor keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, dann überlassen wir die Gestaltung des Heereswesens auch nach wie vor

²⁾ Siehe darüber auch Schippel Ein rüstungspolitisches Aktionsprogramm?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band, pag. 464 f.

³⁾ Siehe Schippel Die Miliz und Friedrich Engels, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 20 ff.

den anderen; wir dürfen uns dann über deren unangenehme Begleitscheinungen nicht beklagen, ganz abgesehen davon, daß wir uns als maßgebende politische Partei im Parlament selbst ausschalten, wenn wir in der wichtigsten Frage der Nation dauernd versagen.

Die politische Demokratisierung Deutschlands ist eine zwingende Notwendigkeit. Ob sie möglich ist, hängt mit in erster Linie von der politischen Haltung der Sozialdemokratie ab. Positive Reformforderungen im einzelnen genügen nicht; die ganze Politik der Sozialdemokratie muß auf eine konsequente, durch falsche Prinzipienklärungen nicht mehr beschwerte Reformpolitik eingestellt werden. Vor allem muß die Partei sich von der politisch geradezu sinnlosen Fessel der prinzipiellen Budgetverweigerung freimachen, denn diese führt immer wieder in die Sackgasse der politischen Ohnmacht. Nicht durch hohle prinzipielle Deklamationen wirken wir revolutionär im Sinn unseres Programms sondern durch die politische Tat und durch den politischen Erfolg. Der Wortrevolutionarismus schreckt weder den Militarismus noch die Reaktion, ganz im Gegenteil, er ist ihnen ein sehr willkommener Bundesgenosse. Erst dann kann der politische Kampf der Sozialdemokratie ihnen gefährlich werden, wenn unsere Partei sich anschickt den jetzt herrschenden Parteien das politische Szepter aus der Hand zu nehmen. Der Kampf um die Demokratisierung Deutschlands ist vorerst noch ein Kampf gegen den Doktrinarismus und die politische Intransigenz.

XX

ROBERT SCHMIDT · WESHALB NOCH EIN ARBEITSWILLIGENSCHUTZ?



ER in der Tagespresse die Gerichtsberichte durchsieht, dürfte schwer zu der Meinung kommen können, daß unsere Strafjustiz bei sogenannten Streikvergehen noch nicht genügt. Und doch läßt sie mit all ihrer Härte gegen die Arbeiter die Schreier nach Arbeitswilligenschutz unbefriedigt, weil kaum ein Vorgang im kapitalistischen Getriebe die Leidenschaften so aufpeitscht wie der Versuch seinen lieben Nächsten klarzumachen, daß man nicht mehr geneigt ist für das bisher gewährte Entgelt seine Arbeitskraft hinzugeben. Das geht noch, wenn nur einer kommt, denn ihm wird sehr schnell gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aber wenn mehrere kommen, wird es unerträglich. Die hohen Ideale der persönlichen Freiheit geraten in Gefahr, denn es erscheint als ein achtbarer, eines besondern Schutzes würdiger Grundsatz, daß jeder das Recht hat so billig wie möglich und so lange es ihm beliebt zu arbeiten. Diese Freiheit hat nun aber für die Arbeiter immer mehr ihren Reiz verloren; nur in Unternehmerkreisen wird jenem Ideal eine immer höhere Wertschätzung zuteil.

Das stete Verlangen der Unternehmervereinigungen den Gebrauch des Koalitionsrechts weiter einzuschränken läßt die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit scharf in die Erscheinung treten. Es ist von dem Bestreben diktiert den Lebensstandard des Arbeiters auf tiefem Niveau zu halten, unregelmäßige und lange Arbeitszeit als ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung des Betriebs hinzustellen und jeden Anspruch auf